

Ökologie

Die BRD auf Endlagersuche

Von Karl Lindt | 1. Dezember 2004

Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, dass SPD – Grüne den Atomausstieg lediglich auf dem Papier realisiert haben. Der so genannte „Atomkonsens“, die Vereinbarung zwischen Regierung und den vier großen Energieunternehmen im Lande, sichert den Kraftwerksbestand und die Profite der Energiekonzerne.

Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, dass SPD – Grüne den Atomausstieg lediglich auf dem Papier realisiert haben. Der so genannte „Atomkonsens“, die Vereinbarung zwischen Regierung und den vier großen Energieunternehmen im Lande, sichert den Kraftwerksbestand und die Profite der Energiekonzerne.

Das Problem der Atommüllentsorgung wird dagegen bewusst auf die kommenden Generationen abgeschoben. Für die hochradioaktiven Brennstäbe aus den Atomreaktoren der BRD ist immer noch keine „Entsorgungsmöglichkeit“ gefunden.

Endlager verseucht Trinkwasser

Seit Mitte der 70er Jahre plant die jeweilige Bundesregierung, ein Endlager für hochradio-aktiven Atommüll in einem Salzstock beim niedersächsischen Gorleben zu errichten. Doch ein Endlager in der Region erwies sich schnell als politisch nicht durchsetzbar. Entgegen der Planungen von Regierung und Stromkonzernen hatte die stark konservative und von Landwirtschaft geprägte Bevölkerung mit massivem Widerstand gegenüber dem geplanten „Entsorgungspark“ geantwortet.

Dabei hätte es so einfach für die PlanerInnen sein können. Die Region Gorleben/Wendland ragte wie eine Halbinsel in die DDR. Bei eventuellen Unfällen mit der Handhabung der Brennstäbe wäre bei normalen Wetterverhältnissen der größte Teil der Radioaktivität ins DDR-Gebiet gezogen. Ein Teil des Salzstockes führt sogar direkt unter die ehemalige Grenze.

Dass die Entscheidung für ein Endlager in Gorleben eine rein politische war und wissenschaftlich unhaltbar ist, zeigen verschiedenste Studien aus den letzten 30 Jahren. So befindet sich nach Angaben des Ökoinstitutes Freiburg das Salzbergwerk an einer „Bruchstörung der Erdkruste“. In einem solchen Bereich kann es immer wieder zu Erdbeben bzw. Erdkrustenbewegungen kommen, die u. a. zur Spaltenbildung im Salz und daraus resultierendem Grundwassereinbruch führen.

Neben den drohenden Rissbildungen ist aber auch schon jetzt der Salzstock kein monolithisches Ganzes mehr. Probebohrungen durch den Gipshut des Salzstockes und ein quartärer 250m tiefer Schmelzwasserkanal haben das Salz durchlöchert. Es besteht also die „permanente Gefahr des Absaufens“ des geplanten Endlagers. Durch die Kontaminierung des Grundwassers wäre die radioaktive Verseuchungen von Mensch und Tier die unmittelbare Folge.

In Ermangelung einer „Entsorgungsalternative“ werden trotzdem jedes Jahr ca. 12 Castoren mit abgebrannten Brennelementen nach Gorleben gebracht. Bedingt durch den hohen Kostenaufwand der Transporte ist die Chance, dass der Müll das Zwischenlager Gorleben noch mal verlässt, ziemlich gering. Jeder neue Transport

ins Wendland zementiert also das geplante Endlager Gorleben.

Kein Vorwärtskommen bei „Entsorgungsfrage“

Weil selbst der Grüne Umweltminister Trittin aufgrund der o.g. Fakten an der Eignung von Gorleben als Endlager zweifelt, hat sein Ministerium vor fünf Jahren den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte beauftragt, nach einem geeigneten Verfahren sowie Kriterien für die Suche und Auswahl eines Atommüll-Endlagers zu suchen, was nach Jahrzehnten Stillstand wieder etwas Bewegung in der Endlagersuche versprach.

Seit zwei Jahren liegen nun die Ergebnisse vor, doch in Sachen Endlager ist die Bundesregierung SPD-Grüne keinen Schritt weiter gekommen. Es kreiste der Berg und gebar viel Papier. Jürgen Trittin schiebt – wie seine Vorgängerin Angela Merkel (CDU) – das Problem der „Entsorgung“ auf die lange Bank. Die Bundesregierung zieht noch nicht einmal die Abfallverursacher zur finanziellen Verantwortung, wenn es um die weitere Endlagersuche geht. Zwar braucht in Deutschland jede Frittenbude, bevor sie aufmacht, einen Nachweis, wo sie ihr altes Fett entsorgt. Dagegen erhalten Energiekonzerne mit dem „Atomausstieg“ eine Betriebsgarantie für ihre Atomkraftwerke auf Jahrzehnte, ohne auch nur eine realistische Idee zu haben, wie der strahlende Müll entsorgt werden kann. Damit wird wieder einmal deutlich, in wessen Diensten „unsere“ Regierung steht. Wir wissen natürlich auch nicht, wie das gehen soll, ein „sicheres Endlagern“ zu schaffen. Aber wir wissen, es geht nicht in einem löcherigen Salzstock mit Wasserkontakt wie in Gorleben.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 1. Dezember 2004

in der Kategorie: **Ökologie**, **RSB4**.